

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908**

28.3.1908 (No. 100)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 28. März.

№ 100.

1908.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Einzelnummern: die gepaltene Festschrift oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

Unterlangte Druckbogen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen.

Abonnement auf die „Karlsruher Zeitung“ für das

II. Quartal

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

## Amtlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich gnädigst bewegen gefunden, dem königlich bayerischen Kommerzienrat Alexander W a d e r in Schachen bei Lindau am Bodensee die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich preussischen Orden Adler-Ordens dritter Klasse zu erteilen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unterm 21. März 1908 gnädigst geruht, dem Obergerieur der Vereinigten Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg A.-G. in Nürnberg, Hans B o n t e zum ordentlichen Professor für Maschinenbau an der Technischen Hochschule dahier zu ernennen.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 25. März d. Js. wurde die Verlegung des Telegraphenkontrolleurs Wilhelm W e b e r in Heidelberg nach Karlsruhe zurückgenommen.

Mit Entschliessung des Großh. Oberschulrats vom 21. März d. Js. wurde Reallehrer Julius M a i e r an der Realschule in Rheinbischofsheim in gleicher Eigenschaft an die Realschule in Ludwigsbad verlegt.

Die Postdirektion hat unterm 18. März d. Js. den Buchhalter Gustav S t e z e n b a c h in Stodach nach Konstanz und unterm 21. März d. Js. den Grenzkontrollleur Joseph S c h o l l in Brennet nach Radolfzhausen verlegt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Die Mittelmeerfahrt des Kaiserpaars.

(Telegramme.)

\* **Venedig, 27. März.** Ihre Majestät die Kaiserin, Prinz August Wilhelm und Prinzessin Viktoria Luise besichtigten gestern vormittag die Scuola di San Rocco und Santa Maria dei Frari, wozu sie sich in Gondeln begaben. Nachmittags um 5 Uhr waren mehrere Damen der italienischen und deutschen Gesellschaft Venedigs an Bord der „Hohenzollern“ zum Tee geladen, darunter die Palastdame Gräfin Leopoldine Brandolin, Gräfin Gabriele Brandolin, Gräfin Marianna Senego Alghieri, Gräfin Anna Senego Alghieri, Gräfin Adobrandini, Gräfin Miani, Gräfin Soranzo und Gräfin Marcello, ferner die Gemahlin des deutschen Botschafters, Gräfin Monts, Frau Konrad Reckstener, Gräfin Morosini mit Comtesse Tochter und Gräfin Olga Mosenigo, geborene Prinzessin Windischgrätz. — Auch Seine Majestät König Viktor Emanuel nahm an dem Tee teil. Dann nahm der König von der kaiserlichen Familie herzlichen Abschied und begab sich unter dem Jubel der Bevölkerung in Begleitung des Ministers des Aeußern, Tittoni, zum Bahnhof, von wo er um 6 Uhr 30 Minuten die Rückreise nach Rom antrat. — Abends um 8 Uhr fand an Bord der „Hohenzollern“ Tafel statt, bei der beide Majestäten sich einander gegenüber saßen.

\* **Venedig, 27. März.** Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin, sowie der Fürst zu Fürstenberg mit Gefolge unternahm heute vormittag eine Gondelfahrt durch die Lagunen und Kanäle. In der ersten Gondel saßen die Majestäten, Fürst zu Fürstenberg und Graf Tacini. Auf der Gondelfahrt am vormittag besuchten die Majestäten die Kirche Santa Maria dei Frari und den Palazzo Barbarigo. Das Wetter ist schön. Auch Prinz August Wilhelm und Prinzessin Viktoria Luise unternahm Gondelfahrten. Zur Mittagstafel war der deutsche Botschafter Graf Monts geladen.

\* **Rom, 27. März.** Seine Majestät der König und der Minister des Aeußeren, Tittoni, sind heute früh wieder dahier eingetroffen.

\* **Rom, 27. März.** Der Präsident der Deputiertenkammer verlas in der gestrigen Sitzung folgende Depesche des Königs:

Ich bestätige den Empfang der lebenswürdigen Depesche Eurer Exzellenz, von der ich dem Deutschen Kaiser Kenntnis gegeben habe. Seine Majestät spricht mit mir der Abgeordnetenkammer für die lebenswürdige Begrüßung seinen Dank aus. Ihr sehr geneigter Viktor Emanuel.

\* **Rom, 26. März.** „Popolo Romano“ schreibt: Rom wünscht der deutschen Nation zunehmende Größe. Die Sympathie und die Bewunderung für Kaiser Wilhelm beim italienischen Volke ist so festgewurzelt, daß es jedesmal, wenn er den italienischen Boden betrete, ein Gefühl lebhafter Genugung empfindet, wie eine Familie, bei Ankunft eines treuen, genialen Freundes. Die Zusammenkunft in Venedig sei ein neuer Beweis der Festigkeit der zwischen den beiden Dynastien und den beiden Nationen bestehenden herzlichen Beziehungen. Die Zusammenkunft sei eine neue Bestätigung der vollkommenen Harmonie der Mächte des Dreieckes, der heute mehr als je in der ganzen Welt als ein Friedensbündnis angesehen wird.

\* **Konstantinopel, 27. März.** Zur Verstärkung des Sicherheitsdienstes an der Küste und im Innern Albaniens anläßlich der Anwesenheit Seiner Majestät des Deutschen Kaisers auf Korfu wurden, lt. „Köln. Ztg.“, außer zwei Kaiserbataillonen aus Saloniki, zwei Infanteriebataillone nach Janina geschickt. Von hier geht eine Abteilung der Leibgardeschwadron des Palastes ab.

## Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* **Berlin, 26. März.**

### Fürst Bülow über das preussische Wahlrecht.

Reichstanzler Fürst Bülow wies (fortfahrend) auf die Regierungserklärung im Abgeordnetenhaus hin. Die Erklärung der preussischen Staatsregierung enthält gar keine Kritik des Reichstagswahlrechts. (Hört! hört! links.) Die preussische Regierung hat sich nur gegen eine Übertragung des Reichstagswahlrechts ausgesprochen. (Widerpruch und Unruhe links, Zurufe.) Meine Herren! Wir sind alle sehr empfindlich gegen jede Störung, die von oben kommt. (Der Reichstanzler blickt nach der Journalistentribüne.) Da ist es aber auch nötig, daß wir uns untereinander möglichst wenig feilschen. (Lebhaftes „Sehr richtig!“ und Heiterkeit.) Ich sage also, die preussische Staatsregierung hat sich lediglich ausgesprochen gegen eine Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Die preussische Staatsregierung hat gar nicht die Frage erörtert, ob das Reichstagswahlrecht im Reiche nützlich oder schädlich wirkt. Sie hat sich nur dahin erklärt, daß das Reichstagswahlrecht nach ihrer Überzeugung für Preußen nicht richtig wäre. (Sehr richtig! rechts.) Sie hat de lege ferenda, nicht de lege lata gesprochen. Aber wenn ich wirklich ein kritisches Wort über das Reichstagswahlrecht gesagt hätte, was wäre denn da? Noch leben wir ja nicht im sozialdemokratischen Zukunftsstaat, wo von oben befohlen wird, was als wahr zu gelten hat und was nicht, wo Kritik erlaubt ist und wo sie das Maul zu halten hat. (Heiterkeit.) Warum soll denn gerade das Reichstagswahlrecht retrojakt sein, wo alles Uebrige, Gott und Vaterland, Monarchie und Familie, Gesetz und Verfassung, Ordnung und Privateigentum angegriffen und untergraben werden dürfen? (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Warum soll denn gerade das Reichstagswahlrecht ein noli me tangere sein, während es jedem erlaubt ist, sogar von jedem erwartet wird, daß er das preussische Wahlrecht herunterreißt? (Erneute Zustimmung.) Dabei haben wir beide, das hohe Haus und ich, keine Bedenken getragen, das Reichstagswahlrecht umzuwandeln, wenn uns danach gelüestete. Ich erinnere nur an das sogenannte Klotzgesetz (Heiterkeit rechts), an die Gewährung der Diäten, an die Ausdehnung der Freiheitsarten. (Heiterkeit.) In der deutschen Tagesliteratur ist man noch anderen Vorschlägen begegnet, zum Beispiel Veränderung des nicht notwendigen Aufenthaltes am Wahlort. Der Aufhebung der Altersgrenze (Zurufe links). Ich referiere nur, aber würde es mir jemand widerlegen können, wenn ich sage, daß kaum ein anderes Wahlrecht auf die Reife des Urteils, die geistige Bildung und die politische Erfahrung so wenig Rücksicht nimmt, als das gleiche, allgemeine, direkte Wahlrecht? (Sehr richtig! rechts.) Der Redner besprach dann einen Artikel Friedrich Dornburgs, der das Reichstagswahlrecht angriff, weil es dem Geistes- und Kulturleben nicht gerecht werde. Er sei kein Fetisch, an dem man treibe keinen Götzendienst. An Dogmen in der Politik glaube er überhaupt nicht. (Unruhe.) Glaube man wirklich, daß die Wohlthat und Freiheit eines Landes ausschließlich von der Form seiner Verfassung oder gar seines Wahlrechts? Glaube man wirklich, daß das von Herrn Raumann so perhorreszierte Mecklenburg soviel schlechter regiert werde als Haiti? (Stürmische Heiterkeit.) Um jedes Mißverständnis auszuschließen, wolle er ausdrücklich versichern, daß die Regierung keine Änderung des bestehenden Reichstagswahlrechts plane. Was aber für das Reich gut oder wenigstens erträglich sei, brauche es noch lange nicht für die Einzelstaaten zu sein. Am Reichstagswahlrecht komme der nationale Gedanke zum Ausdruck gegenüber dem färberratischen Charakter des Bundesrates. Schon deshalb sei eine Gleichstellung des preussischen Bundesstaates mit dem Reiche nicht zulässig. Er weise aber weiter auf die Verjährbarkeit der Aufgaben im Reiche und in Preu-

ßen hin. Im Reiche handle es sich um große nationale Aufgaben, Meer, Flotte, Kolonien, Sozialpolitik, in Preußen um Kirche, Schule und Verwaltung. Im Reiche werden große Verbrauchsabgaben erhoben, an denen jeder Konsument mehr oder weniger beteiligt sei; in den Einzelstaaten gelte die direkte Steuer nach dem Maße der Leistungsfähigkeit. Deshalb müsse man im Reiche ein Wahlrecht auf der breitesten Basis als gerechtfertigt erachten. Jedenfalls bestehe in Preußen kein Bedürfnis, einer auf dem Prinzip des Klassenkampfes beruhenden Partei noch weiteren Spielraum zu gewähren. (Sehr richtig!) Das Streben der Sozialdemokratie nach dem Reichstagswahlrecht in Preußen sei wohl verständlich. Die Sozialdemokratie brauche die Erregung der Unzufriedenheit und den Appell an alle materiellen Instinkte. Sie brauche die skrupellose Agitation. Weniger selbstverständlich sei das Eintreten der bürgerlichen Linken für diese Forderung. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Die Linke könne doch nicht im Zweifel sein, daß die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nur auf ihre Kosten erfolgen könne. Darüber müsse sie die Zunahme der Sozialdemokratie in den großen Städten aufgeklärt haben. Nun wisse er wohl, daß ein Teil der Liberalen so kalkulierte, daß bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen sie zunächst von der sozialdemokratischen Flut verschlungen würden; aber das sei bloß ein Uebergangsstadium, die Flut werde sich verlaufen, dann werde der Liberalismus siegen. Ein Teil der Liberalen habe das Streben, gemeinsam mit der Sozialdemokratie Stimmung gegen Preußen durch die Wahlrechtsfrage zu machen und habe nur Spott bei der Sozialdemokratie geerntet. Jede radikale Aenderung des preussischen Wahlrechts führe mit zwingender Notwendigkeit zu der Frage, ob dann noch das bestehende Wahlrecht in den Kommunen aufrechterhalten werden könne. Die preussische Städteordnung gehe in diesem Jahre ihre Festschreibung. Sie habe sich glänzend bewährt. Darum könne die preussische Regierung sich nicht leichten Herzens zu einer radikalen Reform des preussischen Wahlrechts entschließen, die eine vollständige Umwälzung auch auf kommunalpolitischem Gebiete nach sich ziehen könnte. Er habe im Reiche das geheime Wahlrecht mit neuen härteren Statuten umgeben. Er sei also gewiß kein grundsätzlicher Gegner des geheimen Wahlrechts. Aber es habe immer Politiker gegeben, die zwar Anhänger des geheimen Wahlrechts waren, jedoch gegen die geheime Abstimmung Bedenken hatten, wie Bismarck, Dahmann, Gneist, Weseler, Kohl, Schaffle, Windhorst und viele andere. Wenn also die preussische Regierung die geheime Abstimmung nicht in Aussicht gestellt habe, so befinde sie sich jedenfalls in anständiger Gesellschaft. Dabei wolle er nicht verkennen, daß die moderne wirtschaftliche Entwicklung neue Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen habe (Sehr richtig! links) und neue Argumente gegen die Öffentlichkeit der Stimmabgabe liefere. Das allgemeine Wahlrecht, wie es die Resolution verlange, sei in Preußen gar nicht einführbar ohne schwere Konflikte. Die konservativen Parteien lehnen es ab, die Nationalliberalen wollen auch nichts davon wissen. Wie soll man also vorgehen? Otzroierung, Staatsstreik, Revolution von oben zugunsten der Revolution von unten? (Heiterkeit.) Solche Dummheiten mache er nicht. Er habe feierlich erklärt, daß die preussische Regierung die Reformbedürftigkeit des preussischen Wahlrechts anerkenne und eine gründliche, auf verständiger Grundlage beruhende, für Preußen geeignete Wahlrechtsreform wünsche und zur Ausführung bringen würde. Aber sie lehne Forderungen ab, die Preußen erschüttern würden, den preussischen Staat, der das deutsche Volk zur Einheit, Macht und Größe geführt habe. (Lebhafter Beifall.) Die Ausführung Befehls, es würde kein Unglück sein, wenn der preussische Staat verschwinde und wenn Deutschland auf dieselbe Weise zur Republik gerate wie Frankreich, nämlich auf dem Wege einer großen auswärtigen Niederlage, bereite allen Neidern und Feinden des deutschen Volkes in der Welt immer innigste Freude. Demgegenüber wolle er betonen, das Reich könne Preußen nicht missen, aber auch Preußen könne das Reich nicht entbehren. Das sei die segensreiche, glorreiche Folge der preussischen und deutschen Geschichte seit 250 Jahren. Das sei vor allem das Ergebnis der Bismarckschen Politik. Als Fürst Bismarck gleichzeitig durch die Indemnitätsvorlage den Frieden mit der einen Vertretung wiederherstellte, verband er für immer unauflöslich die Schicksale Preußens mit dem Schicksale des Deutschen Reiches. In dieser Einheit beruhe die Zukunft der Nation. Diese Einheit sei von höchstem Gut. Diese Einheit — das betone er vor dem Inlande und dem Auslande — werde weder durch auswärtige Angriffe noch durch innere Kräfte je wieder zerstört werden können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Wellstein (Zentr.) führt aus: Eine solche Beurteilung des preussischen Wahlrechts hätte nicht aus dem Munde des ersten Beamten des Reiches und des preussischen Ministerpräsidenten ertönen sollen. Seine Partei sei niemals dazu übergegangen, in die Kompetenz der Einzelstaaten einzutreten zu wollen. Die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf Preußen könne zweifellos wenigstens theoretisch hier im Reichstage besprochen werden. Es müssen bessere Bestimmungen zum Schutze des Wahlgeheimnisses getroffen werden. Zu diesem Zwecke schlage seine Partei vor, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher eine vorläufige Verletzung des Wahlgeheimnisses durch Mitglieder des Wahlvorstandes mit Kriminalstrafen bestraft.

Abg. Bruhn (Reform.) ging auf den Bericht des „Matin“ ein, wonach General d'Amade ein Gesetzt geliefert habe, in welchem 5500 Marokkaner, darunter Frauen und Kinder niedergemetzelt worden seien. Er protestiere energisch gegen solche Grausamkeiten. Seine Partei sei Anhänger des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts und wünsche mit gewissen Modifikationen dasselbe auch in

den Einzelstaaten einzuführen, aber nicht so, wie es die Sozialdemokratie wünscht. Uebel drohe mit weiteren Strahendemonstrationen. Ruhige Wähler werden dadurch nicht gewonnen.

Abg. Emmel (Soz.) führt aus: Der Reichskanzler habe seine Stellungnahme zu dem Wahlrechtsantrage der preussischen Freisinnigen etwas abgeschwächt. Aber wenn die Öffentlichkeit der Abstimmung und die Wahlkreiseinteilung blieben, sei es überhaupt keine Reform. An der heutigen Erklärung des Reichskanzlers sei wichtig die Versicherung, daß die Regierungen an eine Änderung des bestehenden Reichstagswahlrechts nicht denken. Das Privatjerkular der sozialdemokratischen Frauen enthalte nichts Gefährliches. Die Verhältnisse in den Reichsländern seien vielfach noch sehr unbefriedigend, zumal betreffs der Landesverfassung. Sehr eigentümlich sei die Nichtzahlung der Erbschaftsteuer seitens des früheren Statthalters Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg. Auch beim Ankauf des Schlosses Urville durch den Kaiser und bei der Uebertragung des Eigentums der Hofkönigsburg auf den Kaiser sei die bestehende Verkehrssteuer nicht entrichtet worden. Eine Verfassungsreform in den Reichsländern komme ohne Einführung des geheimen, allgemeinen, direkten Wahlrechts gar nicht in Betracht.

Geheimerat Haller erklärte gegenüber dem Vorredner, daß der frühere Statthalter von Elsaß-Lothringen bereits 1896 durch Gutachten des Chefs der elsäß-lothringischen Finanzverwaltung die Bestätigung erhielt, daß er in den Reichsländern nicht steuerpflichtig sei. Der Nachlaß der Fürstin unterliege dem württembergischen Gesetz. Das Amtsgericht Langenburg habe die Regelung des Nachlasses sofort nach dem Tode der Fürstin in die Hand genommen. Der Erwerb des Schlosses Urville durch den Kaiser fand 1892 unter Geltung des alten französischen Gesetzes von 1792 und der Ergänzung von 1901, statt, wonach der elsäß-lothringische Fiskus gar nicht berechtigt sei, eine Steuer vom Kaiser einzuziehen.

Abg. Rothhoff (Fr. Vgg.) meinte, der Reichskanzler habe heute einen Teil seiner im Januar abgegebenen Erklärung aufgegeben. Hätte der Reichskanzler am 10. Januar die Ausführungen von heute gemacht, so wäre ein großer Teil der Erbitterung nicht entstanden. Bei der Wahlrechtsbewegung verfolge keine Fraktion keine Parteipläne. Daß die Sozialisten im letzten Wahlkampfe in Emden einen gemeinen Schwindel getrieben hätten, könne er beweisen. (Große Unruhe rechts, Vizepräsident Kämpf ruft den Abg. Naab wegen des Zwischenrufs: Lüge, zur Ordnung.) Die freisinnige Partei empfehle die Resolution Seddcher. Die Koalitionsfreiheit der Beamten müsse geschützt werden. Natürlich könne für dauernd angestellte Beamte von einem Streikrecht keine Rede sein. Seine Partei fordere für die Beamten volle Versammlungsfreiheit, Petitionsrecht, Wahlrecht, Meinungsfreiheit in Wort und Schrift und freien Verkehr mit Abgeordneten. Auch Beamtenausschüsse seien zur Abstellung von Mißständen durchaus geeignet.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg besprach die Frage der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Der Reichskanzler habe wiederholt die Reformbedürftigkeit desselben anerkannt und bedauere lebhaft, daß es bisher nicht möglich gewesen sei, eine entsprechende Vorlage zu machen. Bei dieser Reform sei eine ganze Reihe staatlicher wichtiger Interessen zu berücksichtigen. Er dürfe aber die Hoffnung aussprechen, daß es in kurzer Zeit gelingen werde, dem Reichstage eine Reformvorlage zu machen. (Sehr gut!) Die Richtlinien derselben würden dahingehen, daß der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit im Auslande erschwert und die Wiedererwerbung erleichtert werde.

Abg. Storz (Fr. Volksp.) stimmte den früheren Ausführungen des Freiherrn von Hertling über die auswärtige Politik zu, sowie der Resolution Albrecht wegen des Erwerbes und des Verlustes der Reichsangehörigkeit.

Der Antrag Hompech wegen Schutzes des Wahlgeheimnisses und der Antrag Heinze betreffend vom Reiche den Gemeinden zu liefernde Wahlurnen wurden angenommen, ebenso der Antrag Hompech auf Gewährung des Koalitionsrechts für Reichsbeamte gegen die Stimmen der Rechten, ferner der Antrag Latmann, der den Beamten, Handwerfern und Arbeitern in Reichsbetrieben gestatten will, Ausschüsse in ihren Angelegenheiten zu wählen, sowie der Antrag Behrens wegen Herausgabe einer Denkschrift über Art und Umfang der Einwanderung ausländischer Arbeiter für landwirtschaftliche und gewerbliche Unternehmungen. Der Rest des Etats wurde debattellos bewilligt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes. Abg. Flann (natl.) bemängelt, daß der Kreis für die Rekrutierung der Diplomatie zu eng gezogen sei. Außer den juristischen Prüfungen sollten auch kommerzielle und industrielle Kenntnisse vorgeschrieben werden.

Staatssekretär v. Schoen empfahl Vorsicht bei der Beurteilung der diplomatischen Personen und Dinge und legte die Grundsätze dar, nach denen bei der Auswahl des diplomatischen Personals zu verfahren werden müsse. Zu den Erfordernissen gehöre vor allem eine umfassende Sprachkenntnis und eine sehr gründliche Beherrschung fremder Sprachen. Bei den gesteigerten Anforderungen müsse auch an die Prüfungs- und Vorbereitungszeit ein höherer Maßstab angelegt werden. Die Erwägungen über eine neue Prüfungsordnung seien dem Abschluß nahe. Er hoffe, das Resultat in ganz kurzer Zeit bekanntgeben zu können. Er denke, daß man, statt eine zweijährige juristische Praxis zu fordern, die Anwärter gleich nach dem Referendarexamen aufnimmt, und 4 Jahre lang im Auswärtigen Amt u. bei diplomatischen konsularischen Missionen, aber auch bei einer Bank, einem großen Handelshause, oder einer Handelshochschule, namentlich aber auch bei einer Handelskammer beschäftigt behufs ihrer wirtschaftlichen Ausbildung. Die Meldungen zum auswärtigen Dienst würden rein sachlich und vorurteilsfrei geprüft. Die Bevorzugung irgend eines Standes liege ihm grundsätzlich fern. Den Wunsch, daß die Ausbildung der Konsula nach der wirtschaftlichen Seite erhöht werde, teile er vollkommen; das Erforderliche sei bereits angeordnet. Die Regierungen gedenken, die angehenden Konsula fernerhin viel mehr kaufmännisch und praktisch auszubilden. (Beifall.)

Abg. Erzberger (Zentr.) wünscht Vorlegung einer Denkschrift über die Vorbildung der Diplomaten und wünscht weiter, daß der Reichskanzler engere Fühlung mit der Auslandspressen nehme.

Abg. Althorn (Fr. Volksp.) wünscht einen ausreichenden Schutz für den Handel in Marokko.

Abg. Lebebour (Soz.) und Wörke (natl.) bringen Beschwerden von Deutschen im Auslande über eine schädigende Behandlung vor, wofür ihnen keine Genugthuung gewährt worden sei.

Staatssekretär v. Schoen teilte u. a. mit, daß die von einem englischen Blatt behauptete Unterredung des Kaisers mit einem englischen Journalisten tatsächlich nicht stattgefunden habe, was die Volkspartei ausdrücklich bemerkt habe. Sollten die Unterhandlungen über die Verstaatlichung der Gotthardbahn ein diplomatisches Eingreifen erfordern, so würde die Regierung nicht veräumen, nachdrücklich für die Interessen der deutschen Aktionäre einzutreten. Die Eng-

länder klagen darüber, daß unsere amtlichen Vertreter für unsere Landsleute in Marokko mit größerem Erfolge eintreten als die englische Regierung. Andere sagten das Gegenteil. Er stelle anheim, aus den widersprechenden Mitteilungen die Mittellinie zu ziehen. Gegenüber Althorn stelle er fest, daß vom 1. August 1907 bis 31. Januar dieses Jahres der deutsche Handel in Casablanca sich um ein volles Drittel gehoben habe. Bezüglich der von Lebebour vorgebrachten Beschwerden verspreche er eine eingehende Untersuchung.

Das Gehalt des Staatssekretärs wurde bewilligt, ebenso der Rest des Etats des Auswärtigen. Debattellos passierte der Etat der Reichsschuld, der Hauptetat und das Etatsgesetz. Damit ist die zweite Lesung des Etats beendet.

Morgen 1 Uhr dritte Lesung des Etats. Schluß 8 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 27. März.

Zunächst erfolgt die namentliche Abstimmung über die Resolution der Polen betr. Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Untersuchung der politischen Verhältnisse der polnischen Bevölkerung im Deutschen Reich. 308 Stimmen wurden abgegeben, davon 158 für, 148 gegen die Resolution. Dieselbe ist somit angenommen.

Es folgt die 3. Beratung des Flottengesetzes in Verbindung mit der 3. Lesung des Gesamtetats.

Staatssekretär Sydow kommt auf die bei der 2. Lesung angenommene Resolution zurück, wonach eine Petition um Gleichstellung der ständigen Mitarbeiter mit den Versicherungsrevisoren bei dem Privatversicherungsausschusse der Regierungen wiederholt zur Berücksichtigung empfohlen wird. Die Regierung halte aus sachlichen Gründen an der Meinung fest, daß die gewünschte Gleichstellung nicht möglich sei.

Abg. Speck (Zentr.) beleuchtet die finanziellen Verhältnisse des Reiches. Der Gesamtverschuldung für 1908 sei nicht weniger als 439 000 000 Mark, davon betrafen die schwebenden Schulden 128 Millionen. Die Stellung der Einzelstaaten zur Reichsfinanzwirtschaft charakterisiere sich durch die Erklärungen von Bayern und Baden, daß sie nicht in der Lage sein würden, die gestundeten Matrifularbeiträge an das Reich abzuführen. Die neue Finanzreform dürfe nicht zum Voraus schon mit gestundeten Matrifularbeiträgen belastet werden. Was die Matrifularbeiträge betrifft, so kann es sich nur um eine Verschiebung, nicht um eine Erhöhung derselben handeln. Man müsse eine quotifizierte Reichsteuer haben. Für direkte Reichsteuer könne sich keine Partei nicht erwärmen. Mit den Reichsschätzungen habe man eine schwebende Schuld gemacht, für welche keinerlei Deckung vorhanden sei, welche die Finanzreform sehr schwierig gestalte. Möge es dem neuen Schatzsekretär gelingen, eine gedeihliche Lösung zu finden.

Abg. Kaniß (Konf.) stimmt dem Vorredner darin zu, daß das mit der Finanzwirtschaft des Reiches nicht so weiter gehen könne und daß eine Neuordnung unter allen Umständen erfolgen müsse. Auch seine Partei sei gegen eine Ueberweisung direkter Steuern an das Reich. Betreffs der Kohlennot bemerkt Redner, entweder die Regierung hat die nötigen Mittel, eine maßvolle Kohlenpolitik zu machen, dann soll sie dieselben gebrauchen, oder sie besitzt keine, dann müssen gesetzliche Mittel ergriffen werden.

Abg. David (Soz.): Was über die Finanzreform bisher bekannt wurde, sei geeignet, schwere Unruhe im Volke hervorzurufen, das durch neue Verbrauchssteuern belastet werden soll. Redner beipflichtet dem gleichfalls die Kohlenpreiserhöhung und betont, daß die Beamten durch die Hinausschiebung der versprochenen Besoldungserhöhung enttäuscht worden seien.

Berlin, 26. März. Die Kommission des Reichstags für das Reichsarbeiterbeschutzgesetz begann die Beratung bei dem § 15. Angenommen wird ein Zentrumsantrag, der als § 15b bestimmen soll: Arbeitslohn und Gehalt ist, wenn die Kündigungsfrist 14tägig oder länger, spätestens wöchentlich, wenn sie länger, monatlich zu zahlen. Akkordarbeitern ist, soweit nicht Verrechnung für Wochenzeitabschnitte besteht, mindestens ein der verwendeten Zeit entsprechender Lohnbetrag zu zahlen.

Berlin, 27. März. Die Budgetkommission des Reichstags nahm mit großer Mehrheit den Ergänzungsetat für Kamerun an, der 4 Millionen Mark als erste Rate zum Bau einer Bahn von Duala nach Widimenge fordert.

### Pascal David †

Strasbourg, 27. März. Der Chefredakteur der „Strasburger Post“, Pascal David, ist heute früh an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

Die deutsche Publizistik hat durch Pascal Davids Ableben einen großen Verlust erlitten, mit ihm scheidet einer der hervorragendsten Journalisten aus der Öffentlichkeit. Insbesondere für die Reichsländer, denen er 26 Jahre seines höchst erfolgreichen Wirkens gewidmet hat, ist der Heimgang Davids ein schwerer Verlust. Am 1. April 1882 wurde die erste Nummer der „Strasburger Post“ ausgegeben. Pascal David schrieb ihr das Leitwort: „Für eine Zeitung, in der sich die Ergebnisse des Tages, gemessen mit dem Maßstabe der großen idealen Ziele der Nation, darzustellen sollen, ist es nicht leicht, mit einem einzigen Worte den für alle Fälle maßgebenden Sinn zu bestimmen. Bedarf es aber eines solchen, so sei es der alte Spruch: In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas!“ Diesem Grundsatz ist die „Strasburger Post“ stets treu geblieben und mit Takt und Verständnis hat sie in Erfüllung der sich selbst gestellten Aufgaben im Elsaß ein nationales Werk getan, das Seine Majestät der Kaiser durch Verleihung des roten Adlerordens an Pascal David auch äußerlich anerkannte. Als vor einem

Jahre David die Vollendung 25jährigen Wirkens in Strasbourg festlich begehen konnte, ging ihm vom Reichskanzler Fürsten von Bülow ein Telegramm folgenden Inhalts zu: „Zu dem Tage, an dem vor 25 Jahren die erste Nummer der „Strasburger Post“ erschien, spreche ich Ihnen und Ihren Herren Mitarbeitern die herzlichsten Glückwünsche aus in dankbarer Anerkennung der Gesinnung, mit der Sie an wichtiger Stelle die nationale Sache vertreten haben.“

Auch im Großherzogtum Baden wird der Heimgang Pascal Davids als ein Verlust schmerzlich empfunden werden. Bar doch sein Bemühen darauf gerichtet, die „Strasburger Post“ zu einem Organ zu gestalten, das den Interessen des Nachbarlandes Baden, seiner politischen und wirtschaftlichen Entwicklung die treueste Pflege in vornehmer Form zuteil werden ließ. Die ihm von weiland Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog Friedrich unterm 25. März v. J. durch Verleihung des Ritterkreuzes erster Klasse vom Bähringer Löwen zuteil gewordene Auszeichnung erfüllte Pascal David mit stolzer Genugtuung. In der großen deutschen Politik durfte David als wertvoller Mitarbeiter wirken, gestützt durch das schrankenlose, allezeit als berechtigt anerkannte Vertrauen der an die Regierung Berufenen. So hat er mit seiner ganzen journalistischen Kraft dem Vaterlande genützt, als einer seiner hingebungsvollsten Söhne. Kaum mehr im Stande die Feder zu führen, ein hoffnungslos Erkrankter, der sich seines Zustandes bewußt war, hat er bis zur letzten Stunde geistiger Arbeit gearbeitet und ist in den Seelen gestorben. Sein Andenken bleibt in Ehren.

### Aus den Kolonien

(Telegramme.)

Berlin, 27. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Wir erfahren, daß sich am Nilmandscharo und Meru bei der starken Nachfrage nach Farmen bereits Landknappheit geltend macht. Die besten Plätze, insbesondere die für Verleselungszwecke geeigneten sind fast alle vergeben. Wenn das Land auch zum Teil fruchtbar und wasserreich ist, so gibt es doch ausgebehnte Strecken mit steinigem Boden. Die Wasserläufe reichen in der Trockenheit nicht überall aus. Es scheint demnach, daß der Umfang des wirklich kulturfähigen Gebietes an den beiden großen Vulkanen in der Heimat und hier und da auch im Schutzgebiet erheblich überschätzt worden ist.

Sidney, 27. März. Wie der Dampfer „Sigmund“ meldet, sind auf den Admiralitätsinseln 4 Eingeborene, die Lebensmittel kaufen wollten, von Wilden überfallen, niedergemetzelt und verzehrt worden. Von Deutsch-Guinea ging eine Strafexpedition ab.

### Die Vorgänge in Rußland.

(Telegramme.)

St. Petersburg, 26. März. Bei dem deutschen Botschafter Grafen Pourtales und Genahlin fand heute in kleinem Kreise ein Diner statt, an dem Großfürst Vladimir teilnahm. An das Diner schloß sich ein größerer Empfang, zu dem u. a. der Minister des Auswärtigen, Szwolsky, und mehrere Botschafter erschienen waren.

St. Petersburg, 27. März. Bei einem heute nacht stattgefundenen Brande in der Sorowostraße, wo viele Arbeiter wohnen, sind sieben Personen verbrannt. Zwanzig Menschen erlitten Verletzungen.

Simferopol, 27. März. In Livadja erschoss gestern ein Soldat des 16. Schützenregiments auf dem Exerzierplatz zwei Offiziere. Das Bataillon bat dringend den General Dumbadse, den Schuldigen sofort erschießen zu lassen.

### Marokko.

(Telegramme.)

Paris, 27. März. Gegen Mulya Djaid macht sich eine unzufriedene Stimmung geltend infolge des Gerüchtes, daß er mit den Franzosen in Verhandlungen getreten sei. Die Bewegung soll von Kittani ausgehen.

London, 26. März. Im Unterhause fragte Ashley (Konf.), ob eine auswärtige Macht an die britische Regierung mit dem Anfinnen herangetreten sei, die Algeirasatze zu kündigen oder abzuändern. Staatssekretär Grey gab darauf eine verneinende Antwort.

### Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 27. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag den Vortrag des Ministerialpräsidenten Geheimrats Honell entgegen. Im Laufe des nachmittags und abends hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Legationsrats Dr. Seyb, des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Geheimrats Dr. Nicolai.

Entsprechend den bei der Beratung des Budgets des Innern aus der Mitte der Landstände mehrfach geltend gemachten Wünschen sind die Groß. Bezirksamter seitens des Ministeriums des Innern angewiesen worden, den vielfach beabsichtigten Auswüchsen der zahlreichen kinematographischen Vorführungen ihre ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden, die in Betracht kommenden kinematographenunternehmen einer scharfen Ueberwachung, falls nötig auch im Wege einer vorherigen Prüfung der beabsichtigten Darbietungen zu unterziehen und alle Darstellungen, die in sittlicher oder sonstiger Beziehung zu beanstanden sind, auf Grund des § 63 B.St.G.B. zu untersagen. In gleicher Weise soll gegebenenfalls auch gegen Stereoskope, Autostope und ähnliche Schautautomaten vorgegangen werden.

Weiter wurden die Bezirksämter veranlaßt, in Fällen, in denen Schaufensterauslagen Anlaß zur Beanstandung unter dem Gesichtspunkte des § 184 R.St.G.B. bieten, das Erforderliche vorzunehmen und in geeigneten Fällen auch ein Einschreiten auf Grund des § 360, 11 R.St.G.B. in Erwägung zu ziehen.

**Erweiterung des Sprechbereichs.** Von jetzt ab ist Karlsruhe zugelassen zum unbeschränkten Sprechbereich mit: Bernhardsweiler (Kreis Schleißstadt), Daubensand, Ernolsheim (Kreis Jäbern), Furchhausen, Gattmatt, Kütolsheim, Mautsmünster, Neugartheim, Odenheim, Reichsfeld, Eingrist, Waldolwisheim (Gebühr 50 Pf.) und Salm, Es. (Gebühr 1 R.).

Anfang April erscheint eine neue Nummer des Postblatts, das eine Beilage zum „Reichsanzeiger“ bildet, aber auch für sich bezogen werden kann. Im Postblatt, das im Reichspostamt zusammengestellt wird, sind die wichtigsten Verbindungsbedingungen und Tarife für Postsendungen aller Art, sowie für Telegramme enthalten. Auf die seit dem Erscheinen der vorangegangenen Nummer (Anfang Januar) eingetretenen Änderungen wird in der neuen Nummer durch besondere Druck (Schrägschrift) hingewiesen. Das Postblatt kann auch neben anderen, umfangreicheren Hilfsmitteln für den Verkehr mit der Post und Telegraphie (Postbücher, Post- und Telegraphennachrichten für das Publikum usw.) mit Vorteil benutzt werden, weil es diese bis auf die neueste Zeit ergänzt. Der Bezugspreis des Postblatts beträgt für das ganze Jahr 40 Pf., für die einzelne Nummer 10 Pf. Bestellungen werden von den Postanstalten entgegengenommen.

**Aus dem Polizeibericht.** Gestern Abend nach 7 Uhr wurde der 57 Jahre alte Kaufmann Adolf Peter hier auf einem Straßenbahnwagen bei der Haltestelle am Durlachertor von einem Herzschlag betroffen. Derselbe wurde von dem Straßenbahnpersonal auf die Polizeiwache gebracht, woselbst der sofort herbeigerufene Arzt nur noch den Tod feststellen konnte.

**Mannheim, 27. März.** Dem Deutschen Motorluftschifferverein Berlin hat der Fabrikant Karl Lanz-Mannheim einen Preis von 40 000 M. gestiftet, der im Wettbewerb zwischen Flugmaschinen, die schwerer als die Luft sind, als „Rangpreis der Luft“ errungen werden soll, und zwar auf dem Tempelhofer Felde. Zur Konkurrenz sollen nur Flugmaschinen zugelassen werden, die von deutschen Erfindern konstruiert, in Deutschland erbaut wurden und von aus Deutschland stammenden Motoren angetrieben werden. Des Weiteren hat Karl Lanz genanntem Vereine den Betrag von 10 000 M. überwiesen zur Unterstützung deutscher Ingenieure und Erfinder von Flugmaschinen, die schwerer sind als die Luft.

**oc. Heidelberg, 26. März.** Wie verlautet, soll Geb. Rat Czerny, der gegenwärtig auf Capri weilt, nach Lissabon beufen worden sein, zur Behandlung König Manuels.

**1 Jahr, 26. März.** Heute morgen, etwas nach 4 Uhr, brach in einem Haus der Gärtnerstraße neben der Wirtschaft „zur Kanone“ Feuer aus, das so rasch um sich griff, daß noch zwei nebenan stehende Häuser von den Flammen ergriffen wurden. Die Tätigkeit der Feuerwehr mußte sich auf den Schutz weiterer Nachbargebäude beschränken. Die zahlreichen Bewohner der drei niedergebrannten Häuser entgingen mit knapper Not dem Feuerode; einige mußten durch die Fenster gerettet werden. Die Fabriksien wurden weitans zum größten Teil ein Raub der Flammen.

**Kleine Nachrichten aus Baden.** An der Reise süddeutscher Stadtvertreter nach London, welche am 18. Mai ihren Anfang nimmt, wird sich voraussichtlich auch Oberbürgermeister Dr. Beck in Mannheim beteiligen. — Das 5 Jahre alte Töchterchen des Schiffbauers Otto Biedtke in Mannheim lief vor das Pferd eines Viktoriawagens, wurde umgeworfen und so schwer verletzt, daß der Tod alsbald eintrat. — Die Gründung einer Fachgenossenschaft wird seitens der Schreinermeister des Bezirks Wertheim beabsichtigt. — In Oberbach wurde im Laden des Uhrmachers und Juweliers Held ein eingebrochen. Den Dieben fielen für mehrere tausend Mark Waren in die Hände. — Vom Badenense wird gemeldet: Die Offiziere von Linbau, Weingarten und Konstant statten dem Offizierskorps des 8. u. 8. Infanterieregiments in Bregenz, das am 6. April nach Venz verlegt wird, einen Abschiedsbesuch ab.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Berlin, 27. März.** Nach 23stündiger Verhandlung im Sitzungssaal des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Gewerbegerichtspräsidenten wurde heute nacht zwischen dem Vorstande des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und dem Zentralvorstande der freien Gewerkschaften der Maurer, Zimmerer und Baubehilfsarbeiter, sowie dem christlichen Bauarbeiterverbande über ein allgemeines Schema für die in den einzelnen Orten abzuschließenden Tarifverträge eine Vereinbarung erzielt. Zur Regelung der speziellen Fragen der Arbeitszeit und der Höhe der Löhne durch örtliche Tarifverträge finden Anfangs April Verhandlungen der Lokalverbände in München, Bessen, Berlin und Frankfurt a. M. statt. Dadurch ist die Basis zu einer friedlichen Verständigung im Baugewerbe gegeben.

**Hamburg, 27. März.** Der präsidierende Bürgermeister Roederberg ist heute nacht gestorben.

**Coln, 27. März.** Bei dem gestrigen Frühstück im Offizierskafino brachte der Prinz von Wales einen Trinkspruch auf den Kaiser und auf sein Regiment aus. Der Prinz beabsichtigte im Laufe des Nachmittags mit Gefolge den Kölner Dom. Abends gegen 8 Uhr gab der Prinz im „Hotel du Nord“ den Offizieren seines Regiments und deren Damen ein Essen, bei dem auch die Generalität und der britische Konsul Nießen anwesend waren.

**Coln, 27. März.** Prinz und Prinzessin von Wales besichtigten heute das Rathaus, wo sie vom Oberbürgermeister empfangen wurden. Im Rathause nahmen sie den Ehrentrunk entgegen und zeichneten sich in das goldene Buch der Stadt Coln ein. Um 1 Uhr erfolgte die Abreise nach Darmstadt. Auf dem Bahnhof hatten sich die Offiziere und die Generalität zur Verabschiedung eingefunden.

**Wien, 27. März.** Der Reichskanzler Fürst Bülow trifft morgen früh hier ein, um dem Minister des Aeußern den seit längerer Zeit versprochenen Gegenbesuch zu machen. Sonntag Abend veranstalteten Freiherr von Lehrenthal und Gemahlin zu Ehren des Reichskanzlers ein großes Diner. Montag findet eine Frühstückstafel beim deutschen Botschafter von Tschirschky und Bögendorf statt. Bülow, der Montag voraussichtlich vom Kaiser in Schönbrunn in Privataudienz

empfangen werden wird, fährt noch denselben Tag nach Berlin zurück.

**Saag, 26. März.** Die Kammer nahm mit 54 gegen 41 Stimmen ein Gesetz an, um der ungenügenden Zahl der für den verlängerten Dienst bestimmten Militärruppen abzuhefen. Der Kriegsminister erklärte in geheimer Sitzung, warum die Regierung stets 2200 Militzen verfügbar haben müßte, um die Mobilmachung sicherzustellen. Die gesamte Rechte und einige Liberale stimmten für die Maßnahme, die von mehreren Rednern der Linken als reaktionär gekennzeichnet wurde, weil sie sich von dem Schweizer System der Volkswehr entferne.

**Saag, 27. März.** Aus Batavia kommt das Gerücht von einer ernstlichen Gärung unter der Bevölkerung. In Padang wurden Plakate gefunden, die die Bewohner zum heiligen Kriege aufrufen. Auch aus Fort de Kock und aus Lubu Pujana gressen ähnliche Nachrichten ein.

**Luxemburg, 27. März.** Seine königliche Hoheit der Großherzog ernannte seine Gemahlin, die Großherzogin Marie Anna, zur Statthalterin. In seinem Schreiben an den Staatsminister erklärte der Großherzog: „Angesichts meiner Entfristung muß ich befürchten, daß ich demnächst nicht mehr imstande bin, den Geschäften des Großherzogtums mit derjenigen Sorgfalt vorzustehen, die sie erheischen und die ich ihnen widmen möchte.“

**Paris, 27. März.** Der Staatsrat hat die Entscheidung des Kriegsministers, durch die infolge des Trennungsgesetzes eine Anzahl Seminaristen unter die Fahnen einberufen waren, als ungesetzlich aufgehoben.

**London, 26. März.** Das Oberhaus hat die vom Unterhaus mit großer Mehrheit angenommene schottische Landbill in zweiter Lesung angenommen. Die Führer der Opposition gaben aber bekannt, daß noch wichtige Amendements eingebracht werden würden.

**London, 27. März.** Wie der „Standard“ aus Newyork meldet, hat die Knicker-Boyer-Trust-Kompanie ihre Geschäfte wieder aufgenommen. In der ersten Stunde wurden für 200 000 Dollars Einzahlungen gemacht.

**Madrid, 27. März.** Wie „Imparcial“ aus Melilla meldet, haben 400 Maristas, die von allen Klais aus Lador begleitet waren, den Gouverneur gebeten, wieder in ihre Heimat geschickt zu werden.

**Indianapolis, 26. März.** Die demokratische Partei des Staates Indiana beschloß, die Nominierung Bryan um die Präsidentschaft zu unterstützen.

### Verschiedenes.

#### Das Ende der „Allgemeinen Zeitung“.

München, 26. März. Die „Allgemeine Zeitung“ in München, die im 111. Jahrgang steht, wird mit dem 1. April aufhören, als Tageszeitung zu erscheinen. An ihrer Stelle wird der Scherische Verlag in München eine Wochenchrift herausgeben, die den Namen des altangesehenen Blattes fortführen wird. Nicht ohne tragische Gefühle wird die deutsche Presse die Kollegin, die einst glänzende Zeiten hatte, und über ein Jahrhundert einen wichtigen und anerkannten Kulturfaktor darstellte, aus ihrer Mitte schwinden sehen. In den letzten Jahrzehnten machte sich beim Publikum eine Abkehr von dem vornehmen, achtungswürdigen Blatte zu neueren Erscheinungen auf dem Pressemarkt bemerkbar und vergebens gemähten nationale Männer, darunter in hervorragendem Maße Erzengel Büchlin, freigebige Unterstützung, es gelang nicht, die alte Stellung wieder zu erringen. Im vorigen Jahre hat der bekannte Berliner Verleger, August Scherl, die „Allgemeine Zeitung“ erworben und verlegte das Blatt auf moderne Bahnen zu lenken. Auch dieses Experiment ist offenbar mißglückt. Wie es heißt, hat Herr Scherl in dem einen Jahr einen Zuschuß von 300 000 M. an die neue Erwerbung wenden müssen und infolge dessen jetzt auf die Weiterführung verzichtet.

#### Der Fall Rochette.

Paris, 26. März. Die Deputiertenkammer beschloß heute, in die Besprechung der Interpellation Ceccaldi über die Emission der von der Banco franco-espanole patronisierten Departements Eisenbahnaktien unverzüglich einzutreten. Dieser Beschluß erfolgte mit 302 gegen 251 Stimmen, nachdem der Justizminister Briand den Wunsch geäußert hatte, die Besprechung bis nach Schluß der über den Fall eingeleiteten Untersuchung, zu verschieben. Ceccaldi hielt dann eine lange Anrede gegen verschiedene schwindelhafte Emissionen und fragte, welche Maßnahmen die Regierung in Aussicht genommen habe, um die kleinen Sparer zu schützen. Wenn es der Regierung an Waffen dafür fehle, so werde das Parlament sie der Regierung zur Verfügung stellen. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Justizminister Briand führte in seiner Antwort aus, das Justizministerium habe den Untersuchungsrichtern keine Befehle zu erteilen. Er versicherte, daß kein Mitglied des Parlaments zugunsten Rochettes sich bei ihm verbandt habe; es würde eine Beleidigung sein, irgend einen Verdacht auf Parolenart zu lenken. (Beifall links.) Die Affäre Rochette sei zur rechten Zeit angeschnitten worden, um die Klucht Rochettes zu hindern. Das in den Rochetteschen Gründungen stehende Geld sei nicht ganz vergeudet. Solche Unternehmungen hätten einen wirklichen Wert und würden, wenn sie einmal von Spekulation frei sind, prosperieren können. Kabier erklärte, daß alle Berichte der Zeitungen, die seine Person betreffen, falsch seien. Es wurde dann mit Handrücken eine einfache Tagesordnung angenommen. Morgen wird über die Marokkofredite beraten werden. Die Sitzung wurde geschlossen.

Paris, 27. März. Gestern Abend fand eine zahlreich besuchte Versammlung von Aktionären der Rochetteunternehmungen statt. Die Versammlung protestierte gegen die Verhaftung Rochettes, der sie die erlittenen Verluste zuschiebt und fordert seine vorläufige Freilassung zur Fortführung der Unternehmungen.

Paris, 27. März. An der Versammlung von Aktionären der Rochetteschen Gründungen nahmen 1200 Aktionäre teil. Mehrere Verwaltungsräte und Direktoren wußten die Lage in so günstigem Lichte darzustellen, daß die Resolution, welche — wie bereits gemeldet — die vorläufige Freilassung Rochettes forderte, von der Versammlung einstimmig angenommen wurde.

Berlin, 26. März. Aus Anlaß seines 89. Vereinstages gab der Deutsche Nautische Verein gestern Abend im „Hotel de Rome“ ein Festessen. U. a. führte Konteradmiral Binkler aus, daß es der Kriegsmarine stets eine angenehme Pflicht sei, für den Schutz des deutschen Handels im Auslande einzutreten.

München, 26. März. Im Jahre 1907 waren in Bayern der Gewerbeaufsicht 106 444 (im Vorjahre 102 166) Betriebe mit 676 353 (im Vorjahre 647 701) Arbeitern unterstellt. Davon entfallen auf Fabriken 8101 (7820) Betriebe mit 408 904 (388 869) Arbeitern, auf das Handwerk 87 343 (94 346) Betriebe mit 267 449 (268 852) Arbeitern. Betriebe mit über fünf Arbeitern waren 14 392 (14 104) vorhanden.

Friedrichshagen, 27. März. Die Chemische Fabrik der Aktiengesellschaft für Teer- und Erdölindustrie in Erfner ist niedergebrannt.

Bern, 27. März. Beim Bau eines Tunnels beim Löttschberg wurde eine Anzahl Italiener verschüttet. Einer wurde getötet, mehrere schwer verletzt.

Wien, 27. März. Vor dem Preshenat des Landgerichts fand die Einsprachehebung des Professor Rahm und gegen die Konfiskation seiner Broschüre statt. Von fünf inkriminierten Stellen wurden bezüglich dreier die Konfiskation aufgehoben, bezüglich der anderen wurde sie bestätigt.

Paris, 27. März. Ministerpräsident Clémenceau richtete gestern an den Herzog von Montebello den angefordigten Brief, des Inhalts, daß zur Entfernung der Ueberreste seines Vorfahren, des Marschalls Lamme, aus dem Pantheon ein Gesetz notwendig sein würde. Die Regierung halte es nicht für ihre Pflicht, die Initiative zu diesem Gesetze zu ergreifen.

Milano, 27. März. Ein Großfeuer zerstörte den im Zentrum gelegenen, mit Magazinen bis unter das Dach gefüllten Palast Paragiola. Der Materialschaden wird auf 1 000 000 Lire geschätzt.

### Stand der Badischen Bank

am 23. März 1908.

Aktiva.	
Metallbestand . . . . .	8 966 123 M. 98 Pf.
Reichskassenscheine . . . . .	17 810 „ — „
Noten anderer Banken . . . . .	3 518 240 „ — „
Bestellbestand . . . . .	18 316 262 „ 49 „
Bombardforderungen . . . . .	12 147 671 „ 50 „
Effekten . . . . .	683 732 „ 25 „
Sonstige Aktiva . . . . .	1 673 669 „ 58 „
45 323 509 M. 75 Pf.	
Passiva.	
Grundkapital . . . . .	9 000 000 M. — Pf.
Reservefonds . . . . .	2 250 000 „ — „
Umlaufende Noten . . . . .	22 423 300 „ — „
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten . . . . .	11 111 541 „ 35 „
An eine Räumigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten . . . . .	— „ — „
Sonstige Passiva . . . . .	538 668 „ 40 „
45 323 509 M. 75 Pf.	

Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln 307 471 M. 02 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

### Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Wegen Erkrankung von Friß Herz und andauernder Krankheit von Hermann Jabolfer erfährt der Spielplan vom Samstag den 28. März an folgende Veränderung:

Sonntag, 28. März. Abt. B. 49. Ab.-Vorst. statt „Samlet“: „Der Probezeit“, Lustspiel in 4 Akten von Oscar Blumental. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Sonntag, 29. März. Abt. C. 50. Ab.-Vorst. statt: „Der fliegende Holländer“: „Das verwunschene Schloß“, komische Operette in 3 Akten (5 Bildern) von Millöcker. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Montag, 30. März. Abt. A. 48. Ab.-Vorst. statt: „Neue Wege“: „Sappho“, Trauerspiel in 5 Akten von Grillparzer. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

**Betterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 27. März 1908.**

Der hohe Druck hat sich seit gestern südwärts verlegt, so daß er außer dem Ostseegebiet noch das östliche Festland umfaßt. Ueber Ostfrankreich ist ein Teilminimum zu erkennen, das in seiner nächsten Umgebung Regenfälle und bis Westdeutschland hinein Trübung veranlaßt. Im übrigen Deutschland ist es heiter. Die Depression bei Island hat sich erheblich vertieft, doch beschränkt sich ihr Wirkungsbereich auf die britischen Inseln. Das stetige Steigen des Ortsbarometers läßt darauf schließen, daß sich das Teilminimum ausfüllt oder entfernt, und daß sich die Hauptdepression vorerst noch nicht geltend machen wird; es ist deshalb bei wechselnder Bewölkung trodenes und etwas wärmeres Wetter zu erwarten.

#### Betternachrichten aus dem Süden

vom 27. März, früh.

Lugano bedeckt 4 Grad; Biarritz wolkenlos 5 Grad; Nizza heiter 8 Grad; Triest wolkenlos 6 Grad; Florenz wolkenlos 7 Grad; Cagliari heiter 13 Grad; Brindisi wolkenlos 12 Grad.

#### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Rel. Feucht. in Proz.	Wind	Himmel
26. Nachts 9 <sup>u</sup>	754.9	5.8	5.4	79	SE	bedeckt
27. Morgs 7 <sup>u</sup>	756.6	1.7	4.4	55	SE	„
27. Mittags 2 <sup>u</sup>	756.0	10.5	5.4	57	SE	„

Höchste Temperatur am 26. März: 9.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 0.8.

Niederschlagsmenge des 26. März: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 27. März, früh: Schutterinsel 1.48 m, gefallen 5 cm; Rehl 2.01 m, gefallen 3 cm; Maxau 3.60 m, Stillstand; Mannheim 2.92 m, gestiegen 2 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Rah in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

### Pädagogium Karlsruhe.

7 Klassen (Sexta-Obersekunda). 1859  
Zurzeit 85 Schüler individuell unterrichtet in kleinen Abtlgn. Schularbeiten unter Aufsicht. Spziel's Vorbereitung zur Einl. Freiw.-Prfg., zum Primaner- und Fähn.-Exm. Langjährige Erfahrungen; erskls-sige Referenzen. Eintritt jederzeit.

Die Vorstände Schmidt u. Wiehl (von 1892 bis Juli 1907 Direktoren d. Inst. Fecht).

